BESCHLUSS

des Präsidiums der FDP, Berlin, 31. August 2026

Mutige Reformen für mehr Wahlfreiheit

Deutschland braucht Reformen, damit wirtschaftliche Dynamik entsteht. Nur so wird Aufstieg durch Leistung wieder möglich. Dafür müssen die Reformen das Wachstumspotenzial, das in unserem Land, in den Menschen und Unternehmen steckt, frei lassen.

Das von CDU, CSU und SPD verabredete Reformpaket reicht dafür nicht aus. Es ist in Teilen sogar ein echter Rückschritt. Und selbst bei den kleinen Schritten in die richtige Richtung ist nicht sicher, dass diese das Gesetzgebungsverfahren überstehen. So gilt auch hier das Motto der Bundesregierung von Kanzler Merz: Die Menschen können sich darauf verlassen, dass am Ende nicht das kommt, was den Bürgerinnen und Bürgern am Anfang versprochen wurde.

Die Bundesregierung müsste sich längst mit den nächsten Reformschritten befassen, um in den Sprint an die Spitze zu kommen. Stattdessen kreist die Regierung so um sich selbst und berauscht sich daran, die eigene Handlungsfähigkeit anzukündigen. Das Land kann derweil nicht länger darauf warten, dass es endlich voran geht. Deswegen muss die Bundesregierung jetzt den Mut finden, viel mehr Entscheidungen den Bürgerinnen und Bürgern und den Unternehmen zu überlassen. Gerade weil von der Bundesregierung nichts zu erwarten ist, muss unser Land durch mehr Wahlfreiheit und Eigenverantwortung selbst für eine neue wirtschaftliche Dynamik sorgen können.

Wir wollen die Wahlfreiheit stärken

1. bei der Rente: Mit dem flexiblen Renteneintritt nach schwedischem Vorbild sollen die Menschen selbst entscheiden können, wann und wie sie in Rente gehen. Der jeweilige Zeitpunkt bestimmt dann die Zu-und Abschläge. Zusätzlich muss die kapitalgedeckte Aktienrente endlich kommen.

2. in der Arbeitslosenversicherung: Versicherte sollen die Möglichkeit erhalten, einen geringeren Beitrag zur Arbeitslosenversicherung zu wählen. Dafür erhalten sie einen geringeren ALG-I-Anspruch. Der verringerte Arbeitgeberbeitrag soll in diesen Fällen netto ausgezahlt werden. Dabei muss sichergestellt sein, dass kein späterer staatlicher Transferbezug entsteht.

3. in der Krankenversicherung: Mit zwei Karenztage bei der gesetzlichen Lohnfortzahlung im Krankheitsfall senken wir Kosten im Gesundheitssystem.

Versicherte können dann selbst entscheiden, ob sie sich freiwillige zusätzlich für die Karenztage absichern. Die Krankenkassen sollen entsprechende Angebote machen können.

4. bei Arbeitsmodellen: Die Menschen sollen selbst zwischen Zick-Zack-Lebenslauf oder einem Modell für das gesamte Erwerbsleben entscheiden können. Deswegen müssen Minijobs erhalten und die Selbstständigkeit geschützt werden. Der Wechsel in die Selbstständigkeit soll leichter werden. Zudem soll für Selbstständige die Wahlfreiheit bei Altersvorsorge und Krankversicherung gesichert werden.

5. bei Arbeitsverträgen: Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie Unternehmen sollen für das Ende der Beschäftigungen mehr Gestaltungsmöglichkeiten bekommen. Dazu muss der Kündigungsschutz umfassender modernisiert werden als bisher geplant. Notwendig sind: einfache, rechtssichere Abfindungsregeln im Kündigungsschutzgesetz, Einschränkung des Kündigungsschutzes für Spitzenverdiener, Anhebung der Grenze für den allgemeinen Kündigungsschutz sowie sachgrundlose Befristungen bis zu vier Jahren. Außerdem soll die auf Abfindungen gezahlte Steuer über fünf Jahre gestreckt auf das neue Erwerbseinkommen angerechnet werden können.

6. bei Öffnungszeiten: Geschäfte sollen selbst entscheiden können, wann sie öffnen. Was in Nachbarländern Alltag ist, soll durch eine Liberalisierung der Ladenöffnungszeiten auch überall in Deutschland für alle Branchen möglich sein. Auch für Beschäftigte wollen wir mehr Wahlfreiheit und Flexibilität durch eine wöchentliche statt einer täglichen Höchstarbeitszeit und Öffnungsklauseln bei Ruhezeitregelungen.